



## Niederschrift

### 10. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung - Videokonferenz

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Dienstag, 12.01.2021
<b>Sitzungsbeginn:</b>	18:00 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	19:20 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	Raum 0.090, Friedrich-Ebert-Str. 79/81, 14469 Potsdam

---

#### Anwesend sind:

##### Ausschussvorsitzender

Frau Dr. Mechthild Rürger Bündnis 90/Die Grünen

##### Ausschussmitglieder

Herr Nico Marquardt	SPD
Herr Leon Troche	SPD
Herr Sascha Krämer	DIE LINKE
Herr Lars Eichert	CDU
Frau Katharina Tietz	DIE aNDERE
Herr Chaled-Uwe Said	AfD

##### Vertreter des zusätzlichen Mitgliedes

Frau Dr.med. Carmen Klockow Bürgerbündnis

##### sachkundige Einwohner

Frau Sylvia Frenzel	BürgerBündnis
Herr Robert Hirsch	CDU
Herr Frank Hübner	Die Andere
Herr Peter Mundt	DIE LINKE
Frau Andrea Mirjam Ney	Freie Demokraten
Frau Dr. Sophia Rost	Bündnis 90/Die Grünen

##### Beigeordnete

Herr Dieter Jetschmanegg Dezernent Geschäftsber. Zentr.Verwaltung

##### Vertreter der Beiräte

Herr Peter Hahnel Seniorenbeirat

#### Nicht anwesend sind:

##### Ausschussmitglieder

Frau Janny Armbruster	Bündnis 90/Die Grünen	nicht entschuldigt
Frau Dr. Sigrid Müller	DIE LINKE	entschuldigt



## Niederschrift:

### Öffentlicher Teil

#### zu 1 Eröffnung der Sitzung

Die Ausschussvorsitzende Frau Dr. Rüniger eröffnet die Sitzung und stellt sich und Ihre Person kurz vor.

#### zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 10.11.2020 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Frau Dr. Rüniger stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit mit 7 stimmberechtigten anwesenden Ausschussmitgliedern fest.

Zur öffentlichen **Niederschrift vom 10.11.2020** gibt es keine Hinweise. Die Niederschrift wird **mit 6 Ja-Stimmen** bei einer Stimmenthaltung **bestätigt**.

Zur vorliegenden **Tagesordnung** gibt es ebenfalls keine Hinweise. Sie wird **einstimmig bestätigt**.

Um eine Regelung zu treffen, in welchem Umfang im Ausschuss für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung von den alternativen Sitzungsformaten der *Verordnung zur Aufrechterhaltung der Handlungsfähigkeit der kommunalen Organe in außergewöhnlicher Notlage (Brandenburgische kommunale Notlagenverordnung - BbgKomNotV)* gebrauch gemacht werden soll, verliest Frau Dr. Rüniger den folgenden Beschlussvorschlag:

***Der Ausschuss für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung beschließt:***

***Zur ordnungsgemäßen Durchführung der Sitzungen des Ausschusses für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung werden gemäß der Verordnung zur Aufrechterhaltung der Handlungsfähigkeit der kommunalen Organe in außergewöhnlicher Notlage (Brandenburgische kommunale Notlagenverordnung - BbgKomNotV) folgende Regelungen getroffen:***

***Aufgrund der aktuellen Pandemielage sieht es der Ausschuss für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung als erforderlich an, die nachfolgenden in der BbgKomNotV bestimmten Abweichungen für die heutige sowie künftigen Sitzungen des Ausschusses für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung anzuwenden.***

***Sitzungen werden als Präsenzsitzung oder Videositzung durchgeführt. Beschlüsse über Beratungsgegenstände, welche in dem Verfahren § 6 BbgKomNotV (Videositzung) behandelt wurden oder bei denen im Rahmen einer Sitzung auf eine Vorberatung verzichtet wurde, können auch im schriftlichen Umlaufverfahren (§ 8 BbgKomNotV) gefasst werden.***

***Im Rahmen der Abweichungen ist der Grundsatz der Öffentlichkeit unter***

**Berücksichtigung der Maßgaben des § 9 BbgNotKomV zu beachten.**

**Vor jeder Sitzung obliegt der/dem Ausschussvorsitzenden im Einzelfall die Entscheidung, von welcher Form sie/er tatsächlich Gebrauch machen wird. Dies ist entsprechend zu dokumentieren.**

**Diese Regelung behält ihre Wirksamkeit, bis der Inzidenzwert unter 50 sinkt, längstens jedoch bis zum Außerkrafttreten der BbgKomNotV.**

Da es keinen Redebedarf zu diesem Vorschlag gibt, wird er anschließend zur Abstimmung gestellt.

**Abstimmungsergebnis:**  
einstimmig angenommen.

### **zu 3 Bericht des Beteiligungsrates und der WerkStadt für Beteiligung**

Herr Kärsten erklärt, dass die Mitarbeiter der Werkstadt für Beteiligung versuchen, sich der gegebenen Situation anzupassen. Die Werkstadt bietet Beratungen in telefonischer oder digitaler Form an, da Beteiligungsprozesse in Präsenzform derzeit nicht möglich sind.

Frau von Heyden Hendricks und Frau Dr. Jordan vom Beteiligungsrat berichten von der ersten Sitzung des Beteiligungsrates, in der die Jahresplanung beraten wurde.

Unter anderem soll die Zusammenarbeit mit den Ortsteilen/Ortsbeiräten ein Schwerpunkt werden. Darüber hinaus wurden zur besseren Strukturierung der Arbeit des Rates Arbeitsgruppen gebildet.

### **zu 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

#### **zu 4.1 Mobile Bürgerbeteiligung**

**Vorlage: 20/SVV/0862**

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

- Rücküberweisung -

Frau Dr. Rüniger eröffnet den Tagesordnungspunkt und hebt die vom Beteiligungsrat eingereichte Stellungnahme zur mobilen Bürgerbeteiligung positiv hervor.

Sie möchte den Antrag mit den Informationen der Stellungnahme und unter Einbeziehung weiterer Expertise überarbeiten und bittet um Rückstellung bis zur nächsten Ausschusssitzung.

**Abstimmung:**  
Der Antrag auf Rückstellung wird  
einstimmig angenommen.

**zu 4.2 Videokonferenz Soft- und Hardware für Sitzungen der Fraktionen und Ausschüsse der Stadtverordnetenversammlung**

**Vorlage: 20/SVV/1147**

Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE

Herr Marquardt bringt den Antrag ein und erklärt die Intentionen und den Werdegang des Antrages.

Die Verwaltung habe das Thema digitale Sitzungen sehr ernst genommen und bereits umgesetzt. Er beantragt daher, den Antrag als durch Verwaltungshandeln erledigt zu betrachten.

Herr Jetschmanegg, Dezernent des Geschäftsbereiches Zentrale Verwaltung, unterstützt diesen Vorschlag und bittet um Zustimmung.

**Abstimmung:**

Der Antrag auf **Erledigung** der DS 20/SVV/1147 durch Verwaltungshandeln wird

einstimmig **angenommen**.

Der Ausschuss für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, die DS 20/SVV/1147 für durch Verwaltungshandeln erledigt zu erklären.

**zu 4.3 Digitale Bauantragstellung**

**Vorlage: 20/SVV/1283**

Fraktion CDU

Herr Eichert bringt den Antrag ein und erklärt, dass Bauanträge in Potsdam derzeit nur in Papierform eingereicht werden könnten. Dieses Verfahren sei nicht mehr zeitgemäß und die elektronische Form sei nach Gesetz explizit erlaubt.

In Brandenburg an der Havel könnten Bauanträge bereits jetzt digital gestellt werden.

Herr Franke, Bereichsleiter der Unteren Bauaufsichtsbehörde, bittet darum, diesen Antrag aus formalen Gründen abzulehnen. Die Entscheidung liege nicht im Zuständigkeitsbereich der Stadtverwaltung Potsdams. Die gesetzliche Grundlage ist mit der Brandenburgischen Bauordnung (BbgBO) eine Vorschrift auf Landesebene.

Aktuell sei es im Land Brandenburg gängige Praxis, Bauanträge in Papierform zu stellen. Die Stadt Brandenburg bildet hier bisher eine Ausnahme.

Darüber hinaus sei im Zuge des landesweiten Projektes „Virtuelles Bauamt“ eine einheitliche (digitale) Lösung zur Vereinfachung der Antragstellung bereits in der Erarbeitung. Ein individueller Vorstoß der Landeshauptstadt Potsdam ist daher nicht anzuraten.

Herr Jetschmanegg, Dezernent des Geschäftsbereiches Zentrale Verwaltung, unterstützt die Argumentation von Herrn Franke und ergänzt, dass dieser Antrag vom ebenfalls zuständigen Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes abgelehnt wurde.

Der Ausschuss für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung empfiehlt die Stadtverordnetenversammlung der DS 20/SVV/1283 abzulehnen.

**Abstimmungsergebnis:**  
mit 4 Nein-Stimmen **abgelehnt**,  
bei 2 Ja-Stimmen  
und einer Stimmenthaltung.

**zu 4.4 Veröffentlichung von Unterlagen aus Bauplanungs- und Beteiligungsverfahren**

**Vorlage: 20/SVV/1299**

Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung

Frau Dr. Klockow und Herrn Eichert äußern Unverständnis darüber, dass nicht bestimmte Daten online öffentlich im Open-Data-Portal zu veröffentlichen. Weiterer Redebedarf besteht nicht.

Die Mitglieder des Ausschusses für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung nehmen die Mitteilungsvorlage 20/SVV/1299 zur Kenntnis.

**zu 4.5 Bürgerhaushalt 2015/16 - Rechenschaftsbericht**

**Vorlage: 20/SVV/1393**

Oberbürgermeister, Steuerungsunterstützung

Auf eine Einbringung der Mitteilungsvorlage wird verzichtet. Redebedarf besteht nicht.

Die Mitglieder des Ausschusses für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung nehmen die Mitteilungsvorlage 20/SVV/1393 zur Kenntnis.

**zu 4.6 Bürgerhaushalt 2017 - Rechenschaftsbericht**

**Vorlage: 20/SVV/1394**

Oberbürgermeister, Steuerungsunterstützung

Auf eine Einbringung der Mitteilungsvorlage wird verzichtet. Redebedarf besteht nicht.

Die Mitglieder des Ausschusses für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung nehmen die Mitteilungsvorlage 20/SVV/1394 zur Kenntnis.

**zu 5 Sonstiges**

Sachstand Onlinebewerbungen:

Herr Jetschmanegg, Dezernent für den Geschäftsbereich Zentrale Verwaltung, gibt zur Kenntnis, dass ab dem 01.03.2021 Bewerbungen digital von der Stadtverwaltung angenommen und verarbeitet werden können.

Mobiles Arbeiten für Mitarbeiter der Stadtverwaltung:

Herr Morgenstern-Jehia, Fachbereichsleiter des Fachbereiches E-Government, berichtet von den intensiven Bemühungen, mobiles Arbeiten für die Mitarbeitenden der Verwaltung zu ermöglichen. Mit eigener PC-Technik könne nun von zu Hause aus auf den Arbeitsplatz-PC zugegriffen und so mobil

bearbeitet werden. Eine entsprechende Pressemitteilung dazu liege ebenfalls vor. Mit Stand Dezember 2020 lagen 1200 Bedarfsmeldungen für das neue System vor, von denen bereits ca. 1000 Nutzer freigeschalten wurden. 450 Personen nutzen die Möglichkeit des mobilen Arbeitens bereits. Für Mitarbeitende ohne eigene Technik hält der Fachbereich E-Government 100 Leihgeräte bereit. Darüber hinaus gebe es ca. 500 Notebooks, die bereits in der Verwaltung im Umlauf sind, weitere sollen beschafft werden.

Auf Nachfragen von Ausschussmitgliedern und sachkundigen Einwohnern erklärt er weiter, dass Datensicherheit ein wichtiger Punkt bei der Einrichtung gewesen sei. Es müsse eine vom Nutzer schriftliche Belehrung unterzeichnet werden. Darüber hinaus können keine Unterlagen auf heimischen Drucker gedruckt werden und auch sonst nur Maus und Tastatur verwendet werden. Unterstützung in Bezug auf einen ausreichend schnellen privaten Internetzugang könne die Verwaltung jedoch nicht geben. Die Verwendung von LTE-Sticks wurde in diesem Zuge nicht überprüft.

#### Videokonferenzen:

Die Dienstanweisung zu Videokonferenzen befindet sich in der Finalisierung. Die Stadtverwaltung wird Jitsi als künftige Plattform für Videokonferenzen verwenden und dazu einen eigenen Server hosten.

#### Struktur des Ausschusses:

Frau Dr. Rüniger kündigt an, die großen 3 Themengebiete des Ausschusses einer der folgenden Sitzungen als eigenständige Tagesordnungspunkte aufzurufen zu wollen und die Inhalte zu diskutieren.

#### Jahresplanung 2021:

Die Ausschussvorsitzende Frau Dr. Rüniger schlägt vor, für kommende Sitzungen Schwerpunktthemen festzulegen, um diese intensiver und ggf. mit externer Expertise beraten zu können. Sie bittet die Ausschussmitglieder darum, Ideen für mögliche Schwerpunkte an sie zu übermitteln.